**Freie Demokratische Partei
Bundesschiedsgericht
Der Vorsitzende**

B 1-4/III- 00 EA

In dem Schiedsgerichtsverfahren des Ortsverbandes (OV) W, vertreten durch
dessen stellv. Vorsitzenden

Antragsteller und Beschwerdeführer,

gegen

den F.D.P. Landesverband L, vertreten durch den Vorsitzenden L,

Antragsgegner und Beschwerdegegner,

hat das Bundesschiedsgericht der F.D.P. durch seinen Vorsitzenden Präsident Dr.
Peter Lindemann am 11. Februar 2000 beschlossen:

1. Der Beschluß des Landesschiedsgerichts (LSchG) Berlin vom 10. Februar 2000 wird aufgehoben.
2. Es wird festgestellt, daß die Delegierten und Ersatzdelegierten des (neuen) Ortsverbandes (OV) W auf dem Landesparteitag der F.D.P. Berlin am 12. Februar 2000 stimmberechtigt sind.
3. Kosten werden nicht erhoben; außergerichtliche Kosten und Auslagen der Beteiligten werden nicht erstattet.

Begründung

Die 5 OV des Bezirksverbandes (BV) W haben sich zum OV W zusammengeschlossen. Der Bezirksausschuß des BV W hat dem Zusammenschluß zugestimmt.

Zur Vorbereitung des Landesparteitages (LPT) am 12. Februar 2000 hat der Satzungsausschuß des LV als Wahlprüfungsausschuß (§ 36 Abs 3 der Landessatzung (LS) Berlin) festgestellt: Der OV W-N habe zur Mitgliederversammlung, in der über die Fusion beraten und beschlossen werden sollte, zwar rechtzeitig eingeladen, auch den Tagesordnungspunkt richtig benannt, jedoch nicht ausdrücklich begründet. Dies sei ein Satzungsverstoß, weil § 28 Abs 3 S 2 Buchst k der LS Berlin vorschreibe, dass ein Tagesordnungspunkt „Zusammenlegung von OVEN“) allen Mitgliedern „mit schriftlicher Begründung“ bekanntzugeben sei. Aufgrund dieses Versäumnisses sei der Zusammenschluß nicht wirksam zustande gekommen. Die Delegierten und Ersatzdelegierten der 5 OV des BV W seien demgemäß auf dem LPT am 12. Februar 2000 nicht stimmberechtigt.

Der (neue) OV W hat daraufhin beim LSchG Berlin den Eilantrag gestellt, die Stimmberechtigung der W Delegierten festzustellen. Das LSchG Berlin hat den Antrag durch Beschluß vom 10. Februar 2000 zurückgewiesen

Gegen diesen Beschluß hat der (neue) OV W mündlich und schriftlich Beschwerde beim Präsident des Bundesschiedsgerichts (BSchG) eingelegt. Diesem liegen die schriftlichen Unterlagen des Verfahrens nicht vor. Er hat das Begehren des Beschwerdeführers fernmündlich entgegen genommen und dem Vorsitzenden des Antragsgegners fernmündlich rechtliches Gehör gewährt. Der Vorsitzende entscheidet wegen der besonderen Eilbedürftigkeit allein (§§ 25, 26 SchGO).

Die Beschlüsse des LSchG und des Satzungsausschusses waren aufzuheben, und es war festzustellen, daß die Delegierten und Ersatzdelegierten des (neuen) OV W auf dem LPT außerordentliche Mitglieder 12. Februar 2000 stimmberechtigt sind.

Die Einladung des OV W-N zur Mitgliederversammlung am 7. Dezember 1999 genügt § 28 Abs 3 S 2 Buchst k der LS Berlin). Er enthält zwar nicht die ausdrückliche Begründung, warum die „große Fusion“ erwünscht, vorteilhaft sei für die Partei. Die Einladung beschreibt jedoch die Vorgänge so, daß sich die Begründung aus dem Zusammenhang ergibt. Denn die Einladung benennt die bisherigen Ereignisse zur Fusion von OVen in Bezirk W auf die bereits erfolgte „kleine Fusion“, die damit als erfolgreich für die Partei gekennzeichnet wird. In der Einladung wird sodann die weitere Versammlung mit dem einzigen TO-Punkt Fusion aller 5 OVe des BV W angekündigt Auch ohne daß dies ausdrücklich gesagt wird, ergibt sich hieraus, daß der einladende Vorstand auch die große Fusion genauso vorteilhaft für die Partei einstuft wie die vorangegangene kleine und sie deshalb anstrebt. Aus diesen Gründen genügt die Einladung auch der Anforderung, den TO-Punkt Zusammenlegung schriftlich zu begründen.

Bedenken ergeben sich nicht aus dem Umstand, daß sich der BV W nach dem Zusammenschluß aller seiner OVe nicht mehr in OVe gliedert. § 8 Abs 2 der LS Berlin besagt lediglich, daß sich BV in OVe gliedern sollen; zwingend vorgeschrieben ist dies nicht.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 28 SchGO.

Rechtsmittelbelehrung:

Jeder Verfahrensbeteiligte kann gegen diesen Beschluß binnen einer Frist von zwei Wochen nach Bekanntgabe Entscheidung durch das Bundesschiedsgericht beantragen (§ 25 Abs 2 S 2 SchGO).

Dr. Peter Lindemann